

Corona-Hilfen des Friseurhandwerks - Landesregierung versagt weiter!

Immer noch fordert die Landesregierung zusammen mit der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz Corona-Soforthilfen zurück. Teilweise werden die Rückforderungen vier Jahre nach Auszahlung gefordert. Das ist ein Skandal und so nicht hinnehmbar! Denn der damalige Bundesfinanzminister Olaf Scholz hatte im Frühjahr 2020 eine schnelle, unbürokratische und nicht rückzahlbare Hilfe in Aussicht gestellt.

Viele Friseurbetriebe gingen davon aus, dass sie die Hilfe nicht zurückzahlen müssen, hatten sie doch auch mit erheblichen finanziellen Einbußen zu kämpfen. Viele haben weit über die Belastungsgrenze hinaus gearbeitet und sollen nun die Rückforderungen leisten, wodurch einige Betriebe pleitegehen würden. Die Friseurmeisterin Corinna Stock aus Frankenthal sagt: „Die Soforthilfe wurde nach unserem damaligen Verständnis bundesweit als Zuschuss beworben. Vier Jahre später Rückzahlungen zu verlangen, ist für viele Friseurbetriebe wirtschaftlich und menschlich nicht mehr tragbar.“ Die Landesregierung macht sich unglaublich, wenn sie hier nicht auf die Betriebe zugeht. Die Rechtslage ist zwar kompliziert und die Bundesländer haben verschiedene Rechtsrahmen für die Soforthilfen geschaffen. Aber Länder wie Baden-Württemberg sagen mittlerweile klar und deutlich, dass die Soforthilfen nicht zurückgezahlt werden müssen. Es ist traurig, dass es dafür erst eines Urteils des Verwaltungsgerichtshofes in Mannheim bedurfte, zeigt aber, dass die Praxis der Rückforderung teilweise nicht rechtens ist.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung sollte hier endlich Vernunft walten lassen und gar nicht erst auf Urteile warten, sondern aus moralischer Notwendigkeit die Rückforderungen aussetzen. Auch Betriebe, die die Zahlungen schon geleistet haben, sollten dafür entschädigt werden. Corinna Stock sagt dazu: „Was in Baden-Württemberg nun politisch und rechtlich als falsch erkannt wird, darf in Rheinland-Pfalz nicht weiter praktiziert werden.“ Es geht hier um nichts weiter als die Glaubwürdigkeit von Politik!

Weitere Mitteilungen unter www.andreas-hartenfels.de

Andreas Hartenfels, MdL (Partei BSW)
fraktionsloser Abgeordneter

Kaiser-Friedrich-Straße 3, 55116 Mainz
Andreas.Hartenfels@abgeordneter.landtag.rlp.de

